

Ortsamt Burglesum XVIII. Beirat
Niederschrift über die 13. Beiratssitzung am 11. September 2012
- Verwaltungssaal von Friedehorst, Rotdornallee 64, 28717 Bremen -
Beginn 19.00 Uhr, Ende 22.25 Uhr

Anwesend waren:

die Damen und Herren Beiratsmitglieder

R. Hennig, B. Köhlitz, I. Lauterbach-Wenig, H. Große-Lindemann, H. Fricke, A. Strausdat -

B. Hornhues, B. Strecker, H. Lürßen, M. Hornhues -

B. Punkenburg, E. Friesen, U. Schnaubelt, Dr. H. Schmidtman -

A. Müller-Lang -

R. Tegtmeyer -

F. Rath -

vom Kinder- und Jugendbeirat: S. Schwichtenberg

Herr Beckmann, Deutsche Bahn DB Projektbau GmbH

Herr Eiken, SUBV

Herr Ballhausen, WFB

Frau Geßner, SWAH

Vorsitzender: Herr Ortsamtsleiter Boehlke

Protokoll: Frau Hell-Nogai

*

A Öffentlicher Teil

Herr Ortsamtsleiter Boehlke eröffnet die Sitzung.

Herr Boehlke stellt die vorgeschlagene Tagesordnung zur Abstimmung.

Der Beirat beschließt einstimmig gemäß dem Vorschlag die Tagesordnung.

TOP 1: Genehmigung der Protokolle vom 19.06.2012 und 17.07.2012

Die Protokolle werden in Einzelabstimmung einstimmig genehmigt.

TOP 2: Wünsche und Anregungen der Bürger/innen

2.1

Die langen Güterzüge halten zunehmend vor dem Vorsignal vor der Einfahrt Bhf. Burg. Verkürzte Lärmschutzwand an der A27 weit hinter der Lesumbrücke Richtung Bremerhaven: Das Setzen vor der Lesumbrücke wäre weitaus effektiver gewesen.

2.2

Die Bremsen der Güterzüge sind unerträglich laut. Der Lärm im unteren Bereich der Räder ist extrem laut. Lt. Messgerät ca. 100dB

TOP 3: Wünsche und Anregungen des Kinder- und Jugendbeirates

Svenja Schwichtenberg dankt allen Beteiligten für die Unterstützung beim Fußballturnier. Aktuell stehen die Wahlen des neuen Kinder- und Jugendbeirates an. Es haben sich bisher fünf Jugendliche angemeldet. Gewünscht sind noch mehr Anmeldungen. Wer interessiert ist, kann sich an den Kinder- und Jugendbeirat wenden. Svenja sagt zu, dass sie sich wieder zur Wahl stellen wird, genauso wie Sabrina Zurbel.

TOP 4: Neubau von Lärmschutzwänden an der DB-Strecke Bremen-Bremerhaven

Hierzu: Herr Beckmann DB Projekt Bau GmbH,
Herr Eiken, Beauftragter für Bahnlärm beim SUBV

Der Vorsitzende führt zunächst aus, dass das Thema schon seit Jahren die BürgerInnen vor Ort, den Beirat und das Ortsamt beschäftigt. Es kam immer wieder zu „Verzögerungen im Betriebsablauf“. Nun wurde das Plangenehmigungsverfahren für den Streckenabschnitt zwischen Oslebshausen und Marßel/ Ritterhude auf der Strecke in Richtung Bremerhaven beantragt. Das Ortsamt ist im Rahmen dieses Verfahrens als Träger öffentlicher Belange um Abgabe einer Stellungnahme gebeten worden.

Herr Beckmann von der DB Projektbau GmbH stellt im Folgenden zunächst das allgemeine Lärmsanierungsprogramm des Bundes und die Regularien vor. Danach wird auf die Details und Fragen eingegangen. Die Maßnahme ist vom Bundesministerium initiiert für bestehende Strecken des Bundes. Finanziert ist sie vom Bundesverkehrsministerium, durchgeführt wird sie durch die Projektkoordination DB Netz.

Herr Beckmann stellt die Baumaßnahme anhand einer Präsentation (**s. Anlage 1**) vor.

Es folgen Fragen aus dem Beirat und Publikum:

Frau Punkenburg hat Fragen zum aktiven und passiven Lärmschutz. Greift der passive Lärmschutz nur, wenn kein Aktiver vorhanden ist?

Herr Beckmann antwortet, dass beides greift, nahe an der Bahn befindliche Gebäude können bei Nachtwerten noch Grenzwertüberschreitungen aufweisen und zusätzlich passive Maßnahmen erforderlich machen.

Dr. Schmidtman widerspricht der Aussage, dass eine Gesundheitsgefährdung erst ab 100dB auftritt, dauerhafter Lärm ist auch bei niedrigeren Werten bereits schädlich.

Aus dem Publikum wird gefragt, ob man bei Maßnahmen zum Lärmschutz wie z.B. Hohlräume am Haus ausschäumen lassen, sein Geld wieder bekommt. Lt. Herrn Beckmann ist das nicht grundsätzlich so, eine rückwirkende Förderung kommt nach einer Begutachtung in Betracht.

Herr von Groeling-Müller erkundigt sich, ob die DB auch etwas hinsichtlich der Modernisierung der Fahrgestelle der Bahnen tut. Herr Beckmann erläutert, dass die DB nach und nach die Züge umrüstet oder die Fahrgestelle austauscht, dies nimmt jedoch einige Jahre in Anspruch. Er weist darauf hin, dass jedoch Züge aus ganz Europa die Gleise befahren, nicht nur die der DB.

Auf die Frage aus dem Publikum zum Lärmkataster erläutert Herr Beckmann, dass sämtliche Verkehrswege (Schiene, Straße, Autobahn) gemeinsam gemessen werden. Dies hat allerdings nichts mit dem Sanierungsprogramm zu tun. Herr Eiken ergänzt, dass in Bremen zurzeit die Karten aktualisiert werden. Dies ist Aufgabe der Kommunen. Die Ergebnisse zu den Lärmdaten Straße, Verkehr und Fluglärm werden Ende 2012 erwartet. Das Eisenbahnbundesamt kartiert die Bahnlärmkarten bis Ende 2013. Bremen plant, seine Lärmkarten mit den Werten der Bahn zu überlagern um zu sehen, wie der Gesamtlärmpegel in Gebieten aussieht. Die Lärmaktionsplanung startet voraussichtlich im Frühjahr 2013 und beinhaltet eine öffentliche Beteiligung.

Herr Beckmann führt weiterhin aus, dass insgesamt 5 km auf Lärmschutzmaßnahmen in Grambke, Burglesum bis zur Stadtgrenze entfallen.

Herr Beckmann präsentiert nun die einzelnen Pläne und damit verbunden, die Örtlichkeiten, an denen die Lärmschutzwände errichtet werden.

Es folgen Fragen aus dem Beirat und Publikum hierzu.

Herr Strausdat stellt fest, dass in Burg-Grambke fast durchgängig Lärmschutzwände gebaut werden, nur auf Höhe des Alwin-Lonke-Quartiers klafft eine große Lücke. Wird keine Wand im Bereich der Grönlandstraße errichtet? Herr Beckmann antwortet auf die Frage, dass für das Wohngebiet der Bebauungsplan nach dem Stichtag 1974 Rechtskraft erlangt hat. Die dort befindlichen Wohngebäude wurden erst 1975 gebaut. Im Sinne der Förderrichtlinie ist daher keine Förderfähigkeit gegeben, der Bau einer Lärmschutzwand ist daher nicht möglich. Das Bundesverkehrsministerium würde einen Antrag ablehnen.

Herr Strausdat verweist darauf, dass 2008 der Aktionsplan Lärminderung aufgestellt wurde. Hier wurden Maßnahmen auch für Fälle in Bereichen, in denen der Verkehrslärm in nicht vorhersehbarer Weise zugenommen hat, vorgesehen. 1975 war die Steigerung des Verkehrslärms im jetzigen Ausmaß noch nicht vorhersehbar. Gilt der Aktionsplan nicht mehr?

Herr Beckmann bestätigt, dass der Satz noch Gültigkeit hat, jedoch ist die Definition „nicht vorhersehbar“ Auslegungssache. Darüber lässt sich trefflich diskutieren. Der Passus „Stichtag“ gilt. Wenn ein Bebauungsplan vor dem Stichtag rechtskräftig ist, dann sind die Gebäude förderfähig.

Herr Eiken: Grundsätzlich haben die Kommunen/ Bremen keinerlei Zuständigkeitsbefugnisse für Bahnlärm. Es gibt keine rechtlichen Eingriffsmöglichkeiten, nur ein Entgegenkommen auf freiwilliger Basis.

Frau Schnaubelt fragt nach, ob die auf den Plänen mit „roter Kante“ markierten Häuser nach dem Bau der Lärmschutzwand immer noch zu großem Lärm ausgesetzt sind. Dies bestätigt Herr Beckmann.

Frau Müller-Lang spricht das Thema Bahnübergang Geestkamp an. Die Bevölkerung dort kämpft bereits seit 2006 für einen adäquaten Lärmschutz. Die baulichen Lücken im Lärmschutz sind nicht positiv, wo geht da der nicht abgefangene Schall hin? Sie bedauert, dass im Bereich Grönlandstraße keine Maßnahme vorgesehen ist. Am Bahndamm sind die Gebäude längs ausgerichtet, ein aktiver Lärmschutz ist daher wichtig. Ein Anwohner hat einmal aufgelistet, dass 15 Züge in der Stunde das Gebiet passieren.

Herr Hennig möchte wissen, wie viel Meter Lärmschutzwand fehlen. Herr Beckmann sagt, es sind ca. 200m. Die Kosten hierfür belaufen sich auf ca. € 200.000,00.

Herr Hennig fordert, dass der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr die verbleibenden 200m finanziert. Im Sinne der Bevölkerung sollen auch die 30-50m-Lücken geschlossen werden und nicht wie geplant, ein „Flickwerk“ errichtet werden.

Herr Rath fragt nach dem Bereich Steindamm/Autobahnbrücke: Kommt dort eine Wand hin? Herr Beckmann erklärt, dass die Wohnbebauung dort nicht ausreichend ist, die Anzahl der Betroffenen ist zu gering. Außerdem möchte Herr Rath wissen, warum nur noch Schwellen aus Beton genommen werden, die auch lauter sind als Holzschwellen. Dies geschieht lt. Herrn Beckmann aus Naturschutzgründen, die Holzschwellen enthalten giftige Materialien und müssen der Sondermüllentsorgung zugeführt werden.

Herr Hornhues findet es einsehbar, dass die Kriterien eingehalten werden müssen. Jedoch sollte vom zuständigen Senatsressort gefordert werden, dass die durch die Vorgaben entstandenen Lücken durch Finanzierung geschlossen werden. Jetzt ist noch genügend Zeit die erforderlichen Mittel bis 2014 zu besorgen.

Frau Hornhues ist der Ansicht, dass 1974 nicht absehbar war, wie stark die Bahnstrecke in Zukunft frequentiert wird.

Herr Strausdat erinnert an den Begriff Lückenschlussfinanzierung, die es in Vegesack schon gegeben hat. Er möchte wissen, ob eine Entdröhnung von Brückenbauwerken auch erfolgt. Dies kann Herr Beckmann für den Lesumer Bereich nicht beantworten.

Herr Strecker fragt ob die genannten 6,1 km die Schallschutzlänge sind. Herr Beckmann bejaht dies, allerdings handelt es sich um 3 km je Seite. Herr Strecker findet das nicht ausreichend, die Lücken konterkarieren im Übrigen die Maßnahme.

Nach weiteren Wortbeiträgen aus dem Publikum wird vom Beirat folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (einstimmig):

1. DER SENATOR FÜR UMWELT, BAU UND VERKEHR WIRD AUFGEFORDERT, DEN LÜCKENSCHLUSS IN DEN GEPLANTEN LÄRMSCHUTZWÄNDEN, VOR ALLEM IM BEREICH GRÖNLANDSTRASSE, ZU FINANZIEREN.
2. FÜR DIE BURGER EISENBAHNBRÜCKE MÜSSEN EBENFALLS GEEIGNETE LÄRMSCHUTZMAßNAHMEN (ENTDRÖHNUNG) ERGRIFFEN WERDEN.
3. DIE LÄRMSCHUTZWÄNDE SIND AUF GLEICHER HÖHE ZU BEGINNEN BZW. ABZUSCHLIEßEN, UM EINE UNNÖTIGE LÄRMREFLEXION ZU VERHINDERN.
4. FERNER SOLL ÜBERPRÜFT WERDEN, OB DIE EG-RICHTLINIE ÜBER DIE BEWERTUNG UND BEKÄMPFUNG VON UMGEBUNGSLÄRM ALS RECHTLICHE GRUNDLAGE ANZUWENDEN IST.

BEGRÜNDUNG:

ZUM ZEITPUNKT DES INKRAFTTRETENS DES BUNDES-IMMISSIONSSCHUTZGESETZES AM 1.4.1974 WAR NICHT ABZUSEHEN, WIE SICH DIE EISENBAHNVERKEHRE IN HEUTIGER ZEIT, AUCH AUF DER STRECKE BREMEN/BREMERHAVEN, ENTWICKELN WERDEN.

**TOP 5: a. Vorstellung des Gewerbeentwicklungsprogramms 2020
 b. Störung der öffentlichen Ordnung im Gewerbegebiet Steindamm
 (widerrechtlich abgestellte PKWs, Verschmutzung der Umwelt, mangelnde
 Grünpflege)**

Hierzu: Frau Geßner SWAH, Herr Ballhausen WFB

Der Vorsitzende begrüßt Frau Geßner und Herrn Ballhausen. Vorab schildert er die wichtigsten Punkte zum Thema. Burglesum hat mit dem Bremer Industriepark, dem Gewerbegebiet Steindamm und dem Lesum-Park drei interessante Gewerbe- bzw. Industriegebiete mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung. Diese bieten ein Angebot von wohnortnahen Arbeitsplätzen. Am 21.02.2012 hat der Beirat sich per Beschluss gegen eine zusätzliche Erweiterung des Gewerbegebietes Steindamm und für den Bestandsschutz der Burgdammer Wiesen ausgesprochen. Schwerpunktmäßig soll der Bremer Industriepark (BIP) weiter entwickelt werden. Am 19.06.2012 gab es einen Bericht zum BIP und einen Beschluss zur Weiterentwicklung. Nun hat der Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen offiziell einen ersten Entwurf des Gewerbeentwicklungsprogramms 2020 vorgelegt. und die Beiräte bis zum 31.10.2012 um eine Stellungnahme gebeten. Eine erneute Befassung mit den Stellungnahmen der Beiräte ist für Anfang 2013 vorgesehen.

Frau Geßner stellt im Rahmen einer Präsentation das Programm vor (**s. Anlage 2**).

Es folgt eine Diskussion der Beiratsmitglieder.

Frau Hornhues vermisst eine Zeit-Maßnahmen-Achse. Ein konkreter Handlungsstrang ist nicht erkennbar. Der Verkehrsentwicklungsplan sollte mit dem Plan abgestimmt werden. Frau Geßner erwidert, dass die zukünftige Ausrichtung dargestellt sind, z.B. der Lesum-Park und der BIP sowie die bedarfsgerechte Entwicklung, auch für Bremen-Nord. Der SWAH ist bei der Aufstellung des Verkehrsentwicklungsplanes involviert.

Herr Hornhues stellt fest, dass aus Lesumer Sicht drei Projekte beschrieben wurden, die bereits hinlänglich bekannt sind. Es wurde nichts Neues für die Entwicklung Burglesums präsentiert. Er stellt fest, dass keine Vision für den Ortsteil Burglesum vorgestellt wurde.

Es folgen weitere Wortbeiträge von Herrn Hennig, Herrn Strausdat, Frau Punkenburg, Frau Müller-Lang und Dr. Schmidtman.

Frau Geßner äußert sich wie folgt zu den Beiträgen:

Sie ist nur für die gewerblichen Flächen zuständig. Der SWAH geht davon aus, dass der Standort BIP mit der Weserquerung noch verbessert und optimiert wird.

Die Gestaltung der Erschließung im Lesum-Park wird vom Verkehrsressort betreut, in der Lenkungsgruppe liegt das Augenmerk darauf, dass die Erschließung funktioniert. Der Senat hat sich als Ziel gesetzt, mit der Erschließung eine deutliche Verkehrsentlastung für das Gebiet zu erzielen. Einzelhandel ist kein Thema im Gewerbeentwicklungsprogramm.

Die Bestandsgebiete im Steindamm werden regelmäßig angeschaut, Problem bei den Bestandsgebieten ist jedoch, dass man nicht im privaten Raum agieren kann.

Zum Vorwurf, dass zu wenig Flächen in Burglesum sind: Es gibt 560 ha Gewerbeflächenpotential für Bremen. Einzelne Beiratsbezirke haben keine Projekte. Der BIP hat noch 115 ha zur Vermarktung

Herr Ballhausen versichert, dass die WFB kein Interesse daran hat, Kfz-Exportunternehmen im Steindamm anzusiedeln.

Herr Boehlke ergänzt, dass sich der Beirat noch mit dem Verkehrskonzept Lesum-Park befassen wird. Es gibt einen Dissens im Hinblick auf den Einzelhandel, er bittet darum, genau darauf zu schauen dass das Lesum-Zentrum mit seiner Einzelhandelsstruktur nicht kaputt gemacht wird.

Herr Hennig kritisiert, dass die Gehwege vor den WFB-Grundstücken im Steindamm zugewachsen sind und die Grundstücke einen sehr ungepflegten Eindruck auf mögliche Interessenten machen. Herr Ballhausen verspricht für die Gehwege Abhilfe.

Es wird folgender Beschluss gefasst:

Beschluss (einstimmig):

DER BEIRAT NIMMT KENNTNIS UND FORDERT, FOLGENDE PUNKTE UMZUSETZEN:

BREMER INDUSTRIEPARK

- KEINE ZENTRALISIERUNG DER ABFALLWIRTSCHAFT
- ANSIEDLUNG VON TRANSPORT- UND LOGISTIK-UNTERNEHMEN
- ZÜGIGE REALISIERUNG DES 5. BAUABSCHNITTS

STEINDAMM

- KEINE ZUSÄTZLICHE ERWEITERUNG NACH DEM 2. BAUABSCHNITT

LESUM-PARK

- KEINE ANSIEDLUNG VON EINZELHANDEL ENTGEGEN DEM KOMMUNALEN ZENTREN- UND NAHVERSORUNGSKONZEPT.

DER BEIRAT FORDERT FERNER EINE ENGE ABSTIMMUNG ZWISCHEN DEM SENATOR FÜR UMWELT, BAU UND VERKEHR, SENATOR FÜR WIRTSCHAFT UND HÄFEN SOWIE DEN BEIRAT BEI DER ENTWICKLUNG DER VERKEHRLICHEN ANBINDUNG VON GEWERBEGEBIETEN.

5b: Störung der öffentlichen Ordnung im Gewerbegebiet Steindamm

Herr Boehlke schildert die aktuelle Sachlage: Die Gewerbeaufsicht ist nur für Arbeitsschutz und Lärmbelästigung zuständig. Der SUBV hat keine neuen Erkenntnisse zu berichten und hat daher keine Vertreter geschickt. Herr Boehlke verliert die Stellungnahmen der Polizei:

Stellungnahme von Herrn Smidt, stellvertr. Revierleiter Polizeirevier Lesum:

„Das Thema der nicht zugelassenen Fahrzeuge im Bereich Steindamm beschäftigt uns schon länger. Allerdings sind der Polizei dort auch Grenzen gesetzt. Es ist zwar richtig, dass das Abstellen eines nicht zugelassenen Fahrzeuges im öffentlichen Straßenraum eine Ordnungswidrigkeit nach § 32 Abs. 1 StVO darstellt, aber dazu müsste der einschreitende Kollege auch einen Verursacher haben.

Die Umstände diesen festzustellen, schildert der Kollege Kock in seinem Vermerk, der als Anlage beigelegt ist. Ich weiß, das klingt nicht befriedigend aber auch wir als Polizei haben nicht für alles eine Lösung.“

Auszug aus dem Vermerk Kontaktpolizist Herr Kock:

Auf dem Grundstück Steindamm 21 sind die Lagerkapazitäten sehr eingeschränkt.

Aber gelegentlich reichen die Lagerkapazitäten für die Pkw nicht aus bzw. werden offensichtlich kurz vor Abgang eines Containers vermehrt Pkw gekauft und im öffentlichen Verkehrsraum des Gewerbegebietes abgestellt.

Das Einschreiten der Polizei erfolgt in einem gewissen rechtlichen und zeitlichen Rahmen:

- bei Austritt von Betriebsstoffen sofort nach Kenntnisnahme,
- zunächst die sehr schwierige Klärung der Eigentumsverhältnisse mit umfangreichen Ermittlungen,
(oft kein Kaufvertrag oder nur unvollständig, unleserlich, mit falscher Anschrift ausgefüllt, berechnete/unberechnete Angst vor deutschen Behörden etc.),
- Anschreiben mit Fristsetzung bei feststehenden Eigentumsverhältnissen bzw. längere Fristsetzung bei nicht ermittelbaren Eigentümer.

Der Vorsitzende schlägt folgende weitere Vorgehensweise vor:

Der Beirat bittet das Ortsamt mit den zuständigen Fachbehörden und dem Beirat einen Ortstermin im Steindamm zu organisieren, damit auch Vertreter des SUBV und der Gewerbeaufsicht sich ein Bild von der Situation machen können.

Der Beirat stimmt dem Vorschlag des Vorsitzenden zu.

TOP 6: Zukunft der Sozialraumkoordination für Grambke

Hierzu Frau Garbe, Sozialzentrum Nord

Herr Boehlke teilt mit, dass die jetzige Sozialraumkoordinatorin sich zum 01.01.2013 beruflich verändern wird. Das Thema wurde in der Ortsteilkonferenz diskutiert und es wurde eine Resolution zum Erhalt der Sozialraumkoordination verabschiedet. Frau Garbe konnte leider heute nicht zum Termin erscheinen, hat aber folgende, Stellungnahme abgegeben:

Stellungnahme von Frau Garbe, AfsD:

„Zu besagtem Thema besteht kein Anlass auf Sorge zum Verlust, da die 10 Std. für Burglesum definitiv nicht in Frage gestellt sind, sollen sie doch initiiierend, unterstützend sein für die Quartiersentwicklung vor Ort. Lediglich beim Weggang der Kollegin Fr. Stegink-Lüken (zum 01.01.2013), müssen wir nach einer anderen geeigneten Person Ausschau halten, die diese Stunden übernimmt. Derzeit ist die zuständige Referatsleiterin Frau Claudia Ney mit Ihren KollegInnen in genau dieser Planung.“

Der Beirat fasst folgenden Beschluss:

Beschluss (einstimmig):

DIE SENATORIN FÜR SOZIALES, KINDER, JUGEND UND FRAUEN RESPEKTIVE DAS SOZIALZENTRUM NORD WERDEN AUFGEFORDERT, DIE SOZIALRAUMKOORDINATION IN GRAMBKE WEITERHIN ZU ERHALTEN UND DIE FREI WERDENDE STELLE LÜCKENLOS ZUM 1. JANUAR 2013 NEU ZU BESETZEN.

MIT DER AUFGABENWAHRNEHMUNG DER SOZIALRAUMKOORDINATION SOLL UND KANN GEWÄHRLEISTET WERDEN, DASS DIE AKTEURE DES KINDERSCHUTZES ENG, VERTRAUENSVOLL UND EFFEKTIV ZUSAMMENARBEITEN. DAHER IST IM ZUGE DER NEUBESETZUNG DIE DERZEITIGE ANZAHL DER WOCHENSTUNDEN DIESER STELLE VON 10 STUNDEN AUF MINDESTENS 20 STUNDEN ZU ERHÖHEN, UM DIE SOZIALEN STRUKTUREN IN GRAMBKE, VOR ALLEM IM ALWIN-LONKE-QUARTIER, ZU VERBESSERN.

TOP 7 Mitteilungen des Ortsamtes

- 7.1** Der Vorsitzende verliest ein Antwortschreiben der Senatorin für Bildung, Wissenschaft und Gesundheit bezüglich eines Beschlusses des Ausschusses für Bildung und Kultur vom 05.07.2012. (**s. Anlage 3**)
- 7.2** Radtour des Wirtschaftsrates Bremen-Nord am 15.09.2012, Anmeldungen im Ortsamt Burglesum.
- 7.3** Sitzung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung am 19.09.2012 um 19:30 Uhr.
- 7.4** Kreissportbund Rallye durch Burglesum am 23.10.2012, 9:30 Uhr

TOP 8 Mitteilungen der Beiratssprecherin

8.1 Am 19.09.2012 um 18:30 Uhr tagt der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte im Haus der Bürgerschaft.

TOP 9 Wünsche und Anregungen in stadtteilbezogenen Angelegenheiten (bitte möglichst schriftlich)**9.1 Herr Friesen:**

Auf dem Belag des Verbindungsweges von der Straße Am Heidbergstift zur Halmstraße sind Versackungen und Rillen im Gehwegbelag (Unfallgefahr).

Das Schutzgitter an der Zuwegung von der Bremerhavener Heerstraße zum Ihlewanderweg ist eingewachsen und verrostet (Richtung Sportplatz).

Die Grünanlage vor dem Ortsamt Burglesum macht einen ungepflegten Eindruck für den Ortsteil Burglesum.

Im Heinrich-Müller-Weg im Naturschutzgebiet Werderland sind viele Schlaglöcher, müssten beseitigt werden.

Ist eine Kontrolle durch Mitarbeiter der DLRG möglich, um Hunde während des Badebetriebes (Badebereich) vom Sportparksee fernzuhalten?

9.2 Frau Hornhues:

Das Schild „Leuchtenburg“ Standort Lesumer Heerstraße/ Unter den Linden/ Leuchtenburger Straße fehlt seit einigen Wochen. Ein kleines „Gas- oder Wasserschild“ gegenüber ist sehr windschief.

9.3 Frau Schnaubelt:

Das Halteverbotsschild in Höhe Richthofenstraße am Kindergarten und ein weiteres in dem Bereich ist so grün und verschmutzt, dass sie nicht mehr erkennbar sind.

Florian Boehlke
Vorsitzender

Bettina Hornhues
Sprecherin des Beirates

Sabine Hell-Nogai
Protokoll